



# HBV-Info

vom 1. Juni 2021, 22. Kalenderwoche

*Aktuelle agrar- und verbandspolitische Nachrichten  
für Vorsitzende und Geschäftsführer der Kreis- und Regionalbauernverbände*

## **Sitzung des HBV-Verbandsrats und Präsidiums mit reger Beteiligung**

Das Klimaschutzgesetz, das Insektenschutzpaket, das Baulandmobilisierungsgesetz und die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik waren Schwerpunkte der Agrarpolitischen Übersicht von HBV-Präsident Karsten Schmal in der gestrigen Sitzung des Erweiterten Verbandsrats und des Erweiterten Präsidiums des Hessischen Bauernverbandes. Mehr als 50 Personen nahmen an dieser Online-Veranstaltung teil. Schmal übte heftige Kritik an dem vom Bundesrat am vergangenen Freitag verabschiedeten Baulandmobilisierungsgesetz. Es sei völlig unverständlich und für die Betriebe frustrierend, dass die sogenannte „Tierwohlverbesserungsgenehmigung“ nicht beschlossen wurde. Somit seien zum Beispiel die Vorgaben der neuen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung und Initiativen von Bauern für mehr Tierwohl baurechtlich nicht umsetzbar. Nachdem die Verabschiedung des Bundesnaturschutzgesetzes und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung im Bundestag bzw. Bundesrat erneut verschoben wurden, werde es immer schwieriger, beide Regelungen im Sinne einer kooperativen Lösung noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen. Vor allem komme es darauf an, dass der in Hessen beschrittene Weg des „Runden Tisches“ fortgeführt und zu einem guten Ergebnis geführt werden könne. Schmal ging auch auf das kürzlich vorgestellte hessische Förderprogramm für 100 Bauernhöfe ein. Insgesamt stünden für dieses Förderprogramm bis 2023 fünf Millionen Euro aus dem Corona-Sondervermögen zur Verfügung. Landwirtinnen und Landwirte, die der LLH beratend begleite, könnten sich ab sofort für dieses Programm bewerben (siehe HBV-Rundschreiben Nr. 127-2021). Schmal ging außerdem auf die kürzlich vorgestellte DBV-Grünlandagenda und das Vorhaben, Ernährungssicherung und Klimaschutz als Staatsziele im Grundgesetz zu verankern, ein. In der nächsten Ausgabe des LW Hessenbauer wird umfassend über diese HBV-Gremiensitzung berichtet.

## **Präsident Schmal zum Internationalen Tag der Milch am 1. Juni Milchviehhaltung und Grünlandbewirtschaftung mit hohem Stellenwert**

„Rund 2.400 Milchkuhbetriebe in Hessen erzeugen mit ihren 130.000 Milchkühen Tag für Tag hochwertige regionale Milchprodukte für unsere Verbraucher. Die Milchviehhaltung hat in der hessischen Landwirtschaft einen hohen Stellenwert. Sie ist prägend für die grünlandreichen Mittelgebirgsregionen in Hessen. In vielen Regionen würde die Grünlandbewirtschaftung ohne die Milchkühe verloren gehen“. Darauf weist der Präsident des Hessischen Bauernverbandes, Karsten Schmal, anlässlich des Internationalen Tages der Milch am 1. Juni hin. Der zunehmende Strukturwandel in der Landwirtschaft mache auch vor den Milchviehbetrieben keinen Halt. Allein in den letzten zehn Jahren hätten rund 1.500 Milchkuhhalter ihre Stalltür für immer geschlossen. Die Zahl der Milchkühe sei in dieser Zeit um 20.000 Tiere gesunken.

„Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig eine regionale Lebensmittelversorgung ist. Der Internationale Tag der Milch erinnert weltweit daran, dass Milch und die daraus erzeugten Milchprodukte, wie Käse, Quark, Joghurt und Butter wertvolle Eiweiß-, Vitamin- und Kalziumlieferanten für den Menschen sind“, hob Schmal hervor. Die Milchkuhhalter benötigten neben einem guten Milchauszahlungspreis, vernünftige und verlässliche Rahmenbedingungen. Denn nur die heimische Landwirtschaft könne eine regionale Lebensmittelproduktion sicherstellen. Diese Zusammenhänge hat Präsident Schmal auch in einem Videoclip erläutert. Zum „Internationalen Tag der Milch“ gibt es viele Online-Aktionen, so zum Beispiel von der Landesvereinigung Milch Hessen einen Vortrag zum Thema „Cooles aus Milch“.

Den Zugang zu diesem Vortrag und weitere Informationsangebote finden sich auf der Internetseite [www.milchwirtschaft.com](http://www.milchwirtschaft.com) und auf der heute an den Start gegangenen neuen Website der Branchenkommunikation Milch [www.initiative-milch.de](http://www.initiative-milch.de).

### Umsatzsteuerpauschalierung

Der von BMEL und BMF geplante Schnellschuss, den neu berechneten Pauschalsatz noch vor dem Sommer gesetzlich auf 9,6 % abzusenken, scheint vorerst aufgeschoben. Hier sind noch einige Fragen in der Berechnung zu klären, insbesondere muss auch die Änderung der Umsatzsteuerpauschalierung und das Einziehen einer Umsatzgrenze zum 01.01.2022 berücksichtigt werden. Über die Berechnungsmethode und die noch offenen Fragen wurde vergangene Woche auch mit der AG Ernährung und Landwirtschaft gesprochen, die eine derart vorschnelle Handlungsweise ebenfalls nicht für angezeigt hält. Hier wird unter Beteiligung des DBV ein entsprechender Fragenkatalog an das BMEL vorbereitet. Allerdings ist das Thema nicht aufgehoben. So sollten sich die Betriebe zum 01.01.2022 auf eine Anpassung des Pauschalsatzes einstellen. Wie hoch dieser letztlich ausfallen wird, kann derzeit noch nicht genau eingeschätzt werden.

### Re-Investitionsfristen §§ 6b, 7g EStG

Nachdem das BMF das Anliegen zur Verlängerung der Re-Investitionsfristen aufgrund der Corona-Krise zunächst nicht unterstützt hat, konnte der DBV doch die Abgeordneten überzeugen. Der Bundestag hat am 21.05.2022 im Rahmen des Gesetzes zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts eine weitere Verlängerung der Re-Investitionsfristen §§ 6b und 7g EStG beschlossen. So haben die Landwirte endlich Rechtssicherheit bei ihren Planungen. Außerdem hat der Bundestag am 21.05.2021 beschlossen, die Steuer-erklärungsfristen für 2020 auch für beratende Land- und Forstwirte um 3 Monate zu verlängern.

### EU-Trilog zur GAP bleibt ergebnislos

Die Verhandlungsführer von Parlament, Rat und Kommission tagten vergangene Woche in mehreren Trilog-Runden im Wechselspiel mit Abstimmungen des portugiesischen Ratsvorsitzes. Am Freitagvormittag wurde klar, dass der sog. „Jumbo-Trilog“ ergebnislos bleibt und die Verhandlungen in den Juni vertagt werden. Der Agrarministerrat konnte kurzfristig keine neue Positionierung fassen und damit den anspruchsvollen Forderungen des Parlaments nicht weiter entgegenkommen. Zuvor hatten gestern Abend die Verhandler des Parlaments und Agrarkommissar Wojciechowski deutlich gemacht, dass sich der Rat in Richtung Parlament bewegen müsse, was dieser nicht getan hat. Die wichtigsten Streitpunkte, bei denen Parlament und Rat noch weit auseinanderliegen, sind: Soziale Konditionalität; Mindestvorgaben für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen in der 1. Säule (Eco Schemes mit Lernphase in 2023 und 2024) und in der 2. Säule; GLÖZ-Auflagen und mögliche Ausnahmeregelungen (insbesondere GLÖZ 4, 8 und 9); Aktiver Landwirt; eine Vielzahl technischer Um-setzungsfragen (so z.B. bei der Sozialen Dimension der GAP). DBV-Bewertung: Letztlich mussten die Trilog-Verhandlungen abgebrochen werden, weil das Parlament teils mit Unterstützung von Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans mit zusätzlichen bürokratischen Forderungen überzogen hat (u.a. GLÖZ-Konditionalität, Soziale Konditionalität). Alle Trilogparteien sollten nun ihre politischen Muskelspiele zulasten der Landwirte beenden und bald einen Kompromiss finden. Wann genau eine solche Einigung erreicht werden kann, scheint derzeit unklar. Denkbar ist eine Wiederaufnahme der Gespräche im Hinblick auf das informelle Treffen der EU-Agrarminister am 14./15. Juni in Portugal.

HBV-RS	Datum	Thema
124-2021	28.05.21	Aktualisierung der Nationalen Impfstrategie
125-2021	31.05.21	Deutscher Bauernverband stellt Positionspapier zur Rindermast vor
126-2021	31.05.21	Bundesrat setzt Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung von Tagesordnung
127-2021	01.06.21	Projekt des Landes Hessen 100 nachhaltige Bauernhöfe
128-2021	01.06.21	Tag der Milch - Branchenkommunikation Initiative Milch geht an den Start
129-2021	01.06.21	10 Kernforderungen des DBV zur Bundestagswahl